

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Sophie Ramdor, Volker Meyer, Jan Bauer, Thomas Uhlen und Eike Holsten (CDU)

Gewalt gegen Frauen - tut die Landesregierung genug?

Anfrage der Abgeordneten Sophie Ramdor, Volker Meyer, Jan Bauer, Thomas Uhlen und Eike Holsten (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 06.12.2022

Laut einer Dunkelfeldstudie des Bundesfamilienministeriums ist jede dritte Frau einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Im Jahr 2021 wurden 113 Frauen von ihrem Partner umgebracht (KStA vom 25.11.2022). Während der coronabedingten Lockdowns waren Ausgeh- und Beschäftigungsmöglichkeiten eingeschränkt, was nach Auffassung von Experten zu einem Anstieg häuslicher Gewalt führte. Auf diese Probleme soll mit Aktionen wie den „Orange days“ vom 25. November bis zum 10. Dezember aufmerksam gemacht werden (HAZ vom 25.11.2022). Die Istanbul-Konvention gibt Empfehlungen, wie viele Frauenhausplätze Kommunen zur Verfügung stellen müssen. Die Bereitstellung dieser Plätze wird laut der Leiterin des Frauenhauses in Burgdorf (Region Hannover) kaum erfüllt (taz vom 25.11.2022). Laut Koalitionsvertrag (S. 93) will die Landesregierung „die Istanbul-Konvention in Niedersachsen konsequent umsetzen“.

1. Was plant die Landesregierung, gegen Gewalt gegen Frauen zu tun?
2. Wer sind die Adressaten der Maßnahmen der Landesregierung im Bereich Gewalt gegen Frauen?
3. Wie viele Frauenhausplätze gibt es aktuell in Niedersachsen?
4. Entsprechen diese den Vorgaben der Istanbul-Konvention?
5. Zu welchem Anteil sind diese Plätze belegt?
6. Was plant die Landesregierung im Bereich der Täterarbeit?